

2.3. Im Schatten des Irakkrieges: Saudi-Arabien zwischen innenpolitischer Unsicherheit und schwierigen Nachbarn

Guido Steinberg

In der Nah- und Mittelostregion beherrschen spätestens seit den 1970er Jahren zwei Konflikte die internationale Politik: zum einen der israelisch-palästinensische beziehungsweise israelisch-arabische Konflikt sowie zum anderen der Konflikt zwischen Iran, Irak und Saudi-Arabien um die Hegemonie rund um den Persischen Golf. Die Auseinandersetzung am Golf nahm spätestens seit dem Abzug der Briten aus den Golfemiraten 1971 Konturen an und prägte ab Ende der 1970er Jahre nicht nur die Regional-, sondern zunehmend auch die Weltpolitik. In Deutschland und Teilen der westlichen Welt liegt dennoch das Hauptaugenmerk auf dem israelisch-palästinensischen Konflikt, der häufig auch als Kern- oder Schlüsselkonflikt der gesamten Region bezeichnet wird. Hierbei handelt es sich um eine verzerrte Wahrnehmung, denn der Hegemonialkonflikt am Golf steht ihm an politischer Bedeutung und vor allem an Eskalationsrisiken in nichts nach.

Der Konflikt zwischen Iran, Irak und Saudi-Arabien geht in seinen heutigen Ausprägungen auf eine Machtverschiebung in der Nah- und Mittelostregion zurück, die sich in den 1960er Jahren erstmals bemerkbar machte. Infolge der zu Beginn der 1970er Jahre explodierenden Öleinnahmen verlagerte sich der ökonomische und politische Schwerpunkt der Region nach Osten. Das ressourcenarme Ägypten, das seit Beginn der 1950er Jahre die unbestrittene arabische Führungsmacht war, verlor seine Vorrangstellung und musste sie den Erdölexporteuren Iran, Irak und Saudi-Arabien überlassen. Saudi-Arabien wurde zum Konkurrenten Ägyptens um die Führungsposition unter den arabischen Staaten, während Iran unter dem Schah die Vormacht am Golf blieb. Ab Ende der 1970er Jahre versuchte der Irak, dem durch die Islamische Revolution 1979 geschwächten Iran diese Position streitig zu machen. Seitdem haben drei große Kriege (der Iran-Irak-Krieg 1980-1988, der Zweite Golfkrieg 1990/91 und der Irak-Krieg 2003) die Region erschüttert und der ursprünglich regionale Konflikt hat mehrmals zu Interventionen auswärtiger Mächte geführt.

Saudi-Arabien ist der neben Iran und dem Irak wichtigste Akteur am Persischen Golf, allerdings auch der militärisch bis 2003 schwächste. Während die Geschichte der Region seit 1991 von einem labilen, durch die Präsenz der

USA in Saudi-Arabien und im Persischen Golf (die USA kooperieren militärisch mit den arabischen Golfstaaten) hergestellten Kräftegleichgewicht geprägt war, hat der Krieg der USA gegen den Irak 2003 und der Sturz des Regimes von Saddam Hussein die Reste dieser Balance zerstört, mit ernsten Folgen für die Sicherheit Saudi-Arabiens. Vor allem stärkten der Sturz Saddam Husseins und die anschließenden innerirakischen Konflikte Iran, der seit 2003 offen den Anspruch auf eine regionale Führungsrolle erhebt. Saudi-Arabien und die kleinen Golfstaaten hatten den Irak immer auch als Gegengewicht gegen den revolutionären Iran betrachtet. Dieses ist nach 2003 weggefallen, da es den USA und ihren Verbündeten nicht gelungen ist, einen handlungsfähigen neuen irakischen Staat aufzubauen. Nach dem Machtverlust der „Reformer“ und der Wahl Mahmud Ahmadinejads zum Präsidenten im Sommer 2005 ist die iranische Außenpolitik wieder weitaus aggressiver geworden als unter Präsident Khatami (vgl. Beitrag 2.2.). Teheran verfolgt seitdem offensiver als schon zuvor das Ziel, eine nicht nur subregionale Vormachtstellung am Persischen Golf, sondern darüber hinaus auch im Arabischen Osten einzunehmen. Das Atomprogramm ist dabei nur ein Aspekt einer breiteren Strategie. So versucht die iranische Führung, durch die Förderung militanter Gruppierungen im Irak eine vollständige Beruhigung der Lage zu verhindern. Solange US-Truppen im Irak beschäftigt sind, ist auch eine Militäraktion gegen den iranischen Nachbarn unwahrscheinlich. Parallel versucht Iran, Syrien, mit dem es seit Anfang der 1980er Jahre verbündet ist, politisch und wirtschaftlich enger an sich zu binden. Zudem fördert Teheran die libanesische *Hisbollah* und auch die palästinensische *Hamas* sowie weitere terroristische Organisationen und versucht so, direkten Einfluss auf den anderen großen Regionalkonflikt zu nehmen.

Dieser ursprünglich machtpolitische Konflikt hat auch eine konfessionelle Dimension, die immer wichtiger wird. Der Aufstieg Irans wird in Saudi-Arabien als Aufstieg eines schiitischen Staates gesehen, dem der Irak nun folgen könnte. Die Befreiung der irakischen Schiiten vom Joch des *Baath*-Regimes hat auch bei den Schiiten in den Golfstaaten zur politischen Mobilisierung beigetragen. In Riad herrscht große Sorge, dass die eigene schiitische Minderheit vermehrt Forderungen nach mehr politischer Partizipation und wirtschaftlicher Gleichberechtigung stellen könnte. Dabei ist auch in saudi-arabischen Regierungskreisen die Wahrnehmung verbreitet, dass Iran großen Einfluss auf die saudi-arabischen Schiiten hat. Obwohl diese sich eher am Irak orientieren, besteht die Gefahr, dass Saudi-Arabien vor dem Hintergrund des Konfliktes mit Iran zu einer verstärkt repressiven Politik gegenüber der schiitischen Minderheit übergeht. In einem solchen Fall könnte es auch zu einer innenpolitischen Konfrontation kommen, mit wiederum negativen Folgen für die regionale Stabilität.

Saudi-Arabien, die USA und der Krieg im Irak

Trotz der Belastungen, denen das Verhältnis zwischen den USA und Saudi-Arabien infolge der Anschläge des 11. September 2001 ausgesetzt war, besteht es in seinem Kern fort und bleibt eng. Während die USA die Sicherheit Saudi-Arabiens vor äußeren Feinden gewährleisten, garantiert Saudi-Arabien im Gegenzug eine stabile Ölversorgung zu akzeptablen Preisen. Aufgrund dieser wechselseitigen Abhängigkeit war die Haltung der saudi-arabischen Regierung gegenüber dem amerikanischen Krieg im Irak im Frühjahr 2003 ambivalent. Riad lehnte den Krieg zunächst ab, da es den Antiamerikanismus der eigenen Bevölkerung und ein Auseinanderfallen des Irak befürchtete. Der Krieg war aus saudi-arabischer Sicht nicht erforderlich, weil das Regime Saddams Husseins keine unmittelbare Bedrohung für die Nachbarn darstellte. Die saudi-arabische Regierung untersagte den USA deshalb die Nutzung ihrer regionalen Einsatzzentrale auf einer Luftwaffenbasis südlich von Riad. Die USA mussten diese nach Katar verlegen, nutzten allerdings stillschweigend die Einrichtungen in Saudi-Arabien, insbesondere das hochmoderne *Combined Air Operations Center* auf der genannten Basis. Als sich abzeichnete, dass die Bush-Administration zum Krieg entschlossen war, entschied Riad, die Situation zu nutzen, um ein innenpolitisches Problem zu lösen. Es bat die amerikanische Regierung, ihre seit 1990 im Land stationierten Truppen nach einem erfolgreichen Ende des Irak-Krieges abzuziehen. Dies war insofern folgerichtig, als die Mehrheit der amerikanischen Truppen zur Überwachung der südlichen irakischen Flugverbotszone in Saudi-Arabien stationiert war. Nach dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein war dies obsolet.

Durch den Abzug sollte die Kritik vor allem islamistischer Kreise an der Präsenz ausländischer Truppen aufgefangen werden. Dies war insbesondere nach den Anschlägen der *al-Qaida* vom 11. September 2001 dringlich geworden, da die wichtigste Forderung Osama Bin Ladens die nach einem Rückzug der USA aus Saudi-Arabien war. In der sich schon 2002 anbahnenden Auseinandersetzung zwischen *al-Qaida* und der saudi-arabischen Regierung nutzte diese die Chance, weniger militante islamistische Gegner für sich zu gewinnen. Bis September 2003 wurde der Abzug abgeschlossen, sodass sich heute nur noch wenige amerikanische Truppen – vorwiegend zu Ausbildungszwecken – im Land befinden. Der Abzug war kein Hinweis auf eine Verschlechterung der amerikanisch-saudischen Beziehungen. Vielmehr ermöglichte er Riad, zum *Status quo* vom Juli 1990 zurückzukehren: Obwohl keine amerikanischen Truppen in Saudi-Arabien stationiert sind, steht im Konfliktfall eine hochmoderne militärische Infrastruktur bereit, die schon 1990 die amerika-

nischen Truppen in die Lage versetzte, innerhalb weniger Wochen mehrere hunderttausend Soldaten einschließlich Material nach Saudi-Arabien zu bringen. In Aufbau und Aufrechterhaltung dieser Infrastruktur besteht auch im Jahr 2007 der Kern der amerikanisch-saudischen Sicherheitspartnerschaft. Vor dem Hintergrund einer aus saudi-arabischer Sicht zunehmend bedrohlichen regionalen Situation hat die Zusammenarbeit mit den USA neue Bedeutung gewonnen.

Saudi-Arabien in der Konfliktregion Persischer Golf

Saudi-Arabien's wichtigstes außenpolitisches Betätigungsfeld ist entsprechend seiner Bedrohungsperzeption heute die Golfregion. Hier steht Saudi-Arabien vor allem den mächtigen und häufig aggressiven Nachbarn Iran und Irak gegenüber; seit den 1970er Jahren hat zu verschiedenen Zeiten immer einer der beiden versucht, die regionalen Machtverhältnisse zu seinen Gunsten zu ändern. Schon die demographische Situation spricht für die relative Stärke Irans: Während die Bevölkerungszahl Saudi-Arabien's bei rund 25 Millionen (davon nur rund 20 Millionen Staatsbürger) und die Iraks bei 27 Millionen liegt, leben in Iran etwa 70 Millionen Menschen. Um sich vor den beiden Nachbarn zu schützen, baut Riad vor allem auf sein Bündnis mit den USA. Mit dieser Politik, die dazu beigetragen hat, dass die USA heute die stärkste Militärmacht in der Golfregion sind, steht es in offenem Gegensatz zu Iran, dessen erklärtes Ziel es ist, die Präsenz der USA im Persischen Golf zu beenden.

Beziehungen zu Iran

Seit der Islamischen Revolution von 1979 sieht sich Saudi-Arabien von Iran bedroht. Zum traditionellen Vormachtstreben Irans in der Golfregion trat damals ein ideologischer Konflikt zwischen iranischen Schiiten und saudi-arabischen Sunniten, der dadurch verschärft wird, dass es sich bei den meisten Saudi-Arabern um Anhänger der antischiitischen *Wahhabiya* handelt. Erst als die Regierung in Teheran seit Anfang der 1990er Jahre schrittweise von ihrer Politik des Revolutionsexports in die Golfstaaten abließ, normalisierten sich die Beziehungen. Die infolge des Irak-Krieges der USA zunehmend aggressive iranische Außenpolitik und insbesondere das iranische Atomprogramm haben die alte saudi-arabische Furcht vor seinem Nachbarn wiederaufleben lassen und zu einer dramatischen Verschlechterung der bilateralen Beziehungen geführt.

Obwohl Iran bereits vor 1979 der Hegemon in der Golfregion war, stellte er für Saudi-Arabien keine unmittelbare Bedrohung dar, weil er eng mit den USA verbündet war. Mit der Islamischen Revolution endete dieses Bündnis. Mehr noch, mit der Islamischen Republik unter der Führung von Ayatollah Khomeini entstand ein ideologischer Konkurrent, der nicht nur die Hegemonie in der Golfregion, sondern auch eine Führungsposition in der islamischen Welt beanspruchte und begann, Schiiten in den arabischen Golfstaaten – insbesondere in Kuwait und Bahrain – gegen ihre Regierungen aufzuwiegeln und militante Gruppierungen zu fördern.

In Saudi-Arabien stellen Schiiten zwar nur zwischen acht und 15 Prozent der Gesamtbevölkerung, doch sie leben hauptsächlich in der Ostprovinz, wo fast das gesamte saudi-arabische Erdöl produziert wird. Sie stellen dort rund 50 Prozent der Bevölkerung und gelten der Regierung deshalb als besonderes Sicherheitsrisiko. Dieser Konflikt wurde durch die saudi-arabische Position während des Iran-Irak-Krieges verschärft. Weil Saudi-Arabien den Irak unterstützte, stellte Teheran die Legitimität der saudi-arabischen Herrschaft über die Heiligen Stätten von Mekka und Medina in Frage und schürte in den 1980er Jahren wiederholt Unruhen unter den Pilgern. Bis heute fürchtet Saudi-Arabien eine Wiederaufnahme der Politik des Revolutionsexports.

Ab Anfang der 1990er Jahre ließ Iran von dieser Politik ab. Die Entspannung des bilateralen Verhältnisses setzte ab 1995 ein und beschleunigte sich mit der Amtsübernahme des Präsidenten Mohammed Khatami 1997. Auf saudi-arabischer Seite war es der damalige Kronprinz Abdallah, der, seit er die Regierungsgeschäfte von seinem kranken Bruder Fahd 1995 übernommen hatte, die Beziehungen zu Teheran ausbaute. Die Annäherung blieb jedoch vorsichtig und weitgehend oberflächlich, da das Misstrauen auf saudi-arabischer Seite überwog. Der Machtapparat des religiösen Führers Khamenei blieb ohnehin intakt und immer bestand die Möglichkeit, dass die Reformer um Khatami wieder von konservativen *Hardlinern* ersetzt werden würden. Als sich die saudi-arabischen Befürchtungen mit der Amtsübernahme Mahmud Ahmadi-nejads bewahrheiteten, verschlechterten sich die bilateralen Beziehungen dramatisch. Dieser Prozess hatte schon 2002 eingesetzt, als die ersten Nachrichten über das iranische Atomprogramm an die Öffentlichkeit gelangten, und setzte sich infolge der iranischen Politik im Irak fort. Die Machtelite in Saudi-Arabien ist überzeugt davon, dass es Teheran vor allem um die Entwicklung von eigenen Kernwaffen und weniger um die zivile Nutzung der Kernenergie geht. Aufgrund der eigenen Schwäche bemüht sich die saudi-arabische Regierung jedoch, den mächtigen Nachbarn nicht zu provozieren und hofft, dass ihr amerikanischer Verbündeter eine atomare Bewaffnung Irans verhindert. Erst

seit 2006 kritisiert die saudi-arabische Regierung die Politik Teherans etwas offener.

Beziehungen zum Irak

Bis 2003 fürchtete Saudi-Arabien den Irak fast ebenso sehr wie Iran. Die Situation nach 1991 entsprach aber weitgehend saudi-arabischen Interessen. Die Eindämmungspolitik der USA gegenüber dem Irak bewirkte, dass das Regime Saddam Husseins für seine Nachbarn keine Bedrohung mehr darstellte. Da die Beziehungen zu Iran sich stetig verbesserten, war die einzige Sorge Riads die vor den innenpolitischen Folgen der Präsenz amerikanischen Militärs auf seinem Territorium.

Mit dem Sturz Saddam Husseins änderte sich die Bedrohungsanalyse der Regierung in Riad grundlegend. Heute ist ihre größte Sorge die vor einem Auseinanderfallen des Irak. Nach dem Frühjahr 2003 traten schnell zentrifugale Tendenzen auf, die sich nicht auf den Norden des Landes beschränkten, wo die Kurden ihre seit 1991 gebildete Autonomiezone konsolidierten. Kurden und Schiiten setzten im Jahr 2005 eine föderale Verfassung durch, die auch den Schiiten die Bildung einer föderalen Region im Süden und Zentrum des Landes ermöglichen sollte. Riad fürchtet in diesem Zusammenhang vor allem die Intervention von Nachbarstaaten wie der Türkei und Irans, die die Emanzipation einzelner Bevölkerungsgruppen entweder verhindern oder zu ihren Zwecken zu nutzen suchen. Es ist besonders das Risiko einer regionalen militärischen Eskalation, in die auch Saudi-Arabien hineingezogen werden könnte, das Riad Sorge bereitet.

Damit zusammenhängend glaubt die saudi-arabische Regierung, dass der amerikanische Krieg im Irak den Weg für eine Einflussnahme Irans auf den Irak freigemacht hat. Fast ebenso sehr wie ein Auseinanderbrechen fürchtet Riad die Entstehung eines schiitisch dominierten irakischen Staates, der sich am politischen Modell der Islamischen Republik orientieren und zu einem Satelliten Irans werden könnte. Riad ist vor allem besorgt über die Auswirkungen einer solchen Entwicklung auf die eigene schiitische Minderheit, die bis heute politisch marginalisiert ist und kulturell sowie sozioökonomisch diskriminiert wird. Schon 2003 zeigten sich Anzeichen, dass die Befreiung ihrer Glaubensbrüder im Irak auch die saudi-arabischen Schiiten ermutigte, Gleichberechtigung mit der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit einzufordern. Insbesondere die Amtsübernahme einer von schiitischen Islamisten dominierten irakischen Interimsregierung im April 2005 löste in Riad kritische Reaktionen aus. So sagte der saudi-arabische Außenminister Saud al-Faisal im September 2005 in

einer viel beachteten Rede vor dem *Council on Foreign Relations*, der Irak werde Iran überlassen.¹ Viele saudi-arabische Politiker setzen dabei die Emanzipation der irakischen Schiiten mit dem (zweifelloso vorhandenen) Einfluss Irans gleich. Saudi-Arabien sieht sich deshalb immer mehr in der Rolle eines Sachwalters der Interessen der sunnitischen Minderheit im Irak. Hierzu wird die Regierung auch durch die öffentliche Meinung in Saudi-Arabien gedrängt, die ein stärkeres Engagement für die Sunniten im Irak fordert. Um die Entstehung eines schiitisch dominierten Staates zu verhindern, übt Saudi-Arabien gemeinsam mit Ägypten und Jordanien Druck auf die USA aus, die Marginalisierung der Sunniten zu beenden. Seit Frühjahr 2005 drängt die Bush-Administration ihre irakischen Verbündeten tatsächlich, Sunniten in den politischen Prozess einzubinden. Da die Gewalt im Irak im Jahr 2006 trotzdem zu einem Bürgerkrieg eskalierte, gab Saudi-Arabien seine bisherige Zurückhaltung auf und drohte, die sunnitischen Aufständischen im Irak gegen ihre schiitischen Widersacher zu unterstützen.²

Ob Saudi-Arabien wirklich zu einem solchen Schritt bereit wäre, ist ungewiss. Bisher hat es von einer finanziellen Unterstützung der Aufständischen abgesehen. Dies liegt vor allem daran, dass die *Jihadisten* unter den aufständischen Gruppierungen erklärt haben, auch die Regime der Nachbarländer des Irak stürzen zu wollen und viele saudi-arabische Freiwillige in ihren Reihen haben. Saudi-Arabien selbst hat seit 2003 große Mühe gehabt, *al-Qaida* im eigenen Land einzudämmen. Nun fürchtet Riad eine Rückkehr saudi-arabischer Kämpfer in ihr Heimatland und neue Auseinandersetzungen. Sollte der sunnitisch-schiitische Bürgerkrieg im Irak allerdings eskalieren, dürfte Saudi-Arabien tatsächlich dazu übergehen, eher auf den Kampf im Irak konzentrierte national-islamistische Gruppierungen zu unterstützen.

Beziehungen zu den kleinen Golfstaaten

In den 1980er Jahren versuchte Saudi-Arabien, mit dem 1981 gegründeten Golfkooperationsrat ein strategisches Gegengewicht zu seinen Nachbarn Iran und Irak zu gründen. Der zweite Golfkrieg zeigte jedoch deutlich, dass seine Mitgliedsstaaten (Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate) weiterhin auf den militärischen Schutz durch die USA angewiesen sind. Dies führte dazu, dass die kleinen Golfstaaten während der 1990er Jahre bilaterale Verteidigungsabkommen mit den USA schlossen. Zu-

1 Saud al-Faisal: The Fight against Extremism and the Search for Peace, www.cfr.org/publication/8908/fight_against_extremism_and_the_search_for_peace_rush_transcript_federal_news_service_inc.html (Zugriff: 22.3.2007).

2 Washington Post vom 29. 11. 2006.

dem konnten sie Verstimmungen zwischen Saudi-Arabien und den USA infolge des 11. September 2001 und den amerikanischen Truppenabzug aus Saudi-Arabien im Jahr 2003 nutzen, um ihre Beziehungen zu den USA auszubauen. Die Zeit der saudi-arabischen Hegemonie über seine kleinen Nachbarstaaten ist vorbei.

Die Golfstaaten nutzten 1981 die Gelegenheit, die der Konflikt der Nachbarn bot, um ein Sicherheitsbündnis unter Ausschluss Teherans und Bagdads zu schließen. Im Laufe der Zeit ist die ökonomische Integration zu einem wichtigen Ziel geworden; in den 1980er Jahren jedoch dominierte ihr gemeinsames sicherheitspolitisches Interesse. Aufgrund der militärischen Schwäche der Mitgliedsstaaten erwiesen sich die sicherheitspolitischen Maßnahmen des Golfkooperationsrates indes als unzureichend. Seine Truppen spielten bei der Verteidigung und anschließenden Befreiung Kuwaits 1990/91 keine Rolle. Um die damals offen zutage getretene militärische Abhängigkeit von den USA zu reduzieren, verkündete der Golfkooperationsrat gemeinsam mit Ägypten und Syrien im März 1991 eine weitgehende militärische Zusammenarbeit. Ägypten und Syrien sollten als Gegenleistung für Finanzhilfen Truppen zum Schutz der Golfstaaten vor Iran und Irak stellen. Es zeigte sich jedoch schnell, dass das Misstrauen Saudi-Arabien und seiner Verbündeten gegenüber Kairo und Damaskus zu groß war. Stattdessen schlossen die kleinen Golfstaaten bilaterale Verteidigungsabkommen mit den USA (einige auch mit Frankreich und Großbritannien), und auch Saudi-Arabien ließ die langfristige Stationierung amerikanischen Militärs zu.

Der Golfkooperationsrat war seit seiner Gründung auch ein Instrument, um die saudi-arabische Hegemonie über die kleinen Golfstaaten zu festigen. Diese nutzten ab den 1990er Jahren und verstärkt nach 2001 ihre guten Beziehungen zu den USA, um sich von Saudi-Arabien zu lösen. Die US-amerikanische Politik nach dem 11. September 2001 und insbesondere die Entscheidung zum Krieg gegen den Irak trugen hierzu bei. Kuwait, Bahrain und Katar stellten ihr Territorium als Aufmarschgebiet zur Verfügung, während Saudi-Arabien deutlich auf Distanz zu den amerikanischen Plänen ging. Die Verstimmungen zeigten sich insbesondere an Auseinandersetzungen über bilaterale Freihandelsabkommen, die mehrere kleine Golfstaaten seit 2004 mit den USA abschlossen. Nach saudi-arabischer Lesart wird durch diese Verträge die 2003 eingerichtete Zollunion unterlaufen und die wirtschaftliche Integration innerhalb des Golfkooperationsrats behindert. Ob die iranische Bedrohung diese zentrifugalen Tendenzen unter den Golfstaaten reduzieren wird, ist zweifelhaft. Es ist dennoch auffällig, dass die Staatshäupter des Golfkooperationsrates auf ihrem Gipfel in Riad im Dezember 2006 erklärten, sie würden ein gemein-

sames Programm zur friedlichen Nutzung der Kernenergie erwägen. Ebenso wie ähnliche ägyptische und jordanische Ankündigungen ist die Erklärung des Golfkooperationsrates nicht nur an Iran gerichtet. Zusätzlich soll hier den USA verdeutlicht werden, wie groß die Gefahr eines regionalen Rüstungswettlaufs ist, sollte Iran Atomwaffen oder auch nur die Fähigkeit, sie herzustellen, erlangen.

Im Falle Saudi-Arabiens ist diese Drohung durchaus ernst zu nehmen. Saudi-Arabien hat Pakistan beim Aufbau seines Atomwaffenprogramms finanziell unterstützt.³ Deshalb kann nicht ausgeschlossen werden, dass Riad in Pakistan atomare Sprengköpfe erwirbt oder aber pakistanische Atomwaffen auf saudi-arabischem Territorium stationiert. In jedem Fall verfügt Saudi-Arabien seit 1988 bereits über chinesische Mittelstreckenraketen, die ursprünglich für den Transport von nuklearen Sprengköpfen konzipiert worden waren, vor dem Export aber für konventionelle Sprengköpfe umgerüstet wurden. Sollte Saudi-Arabien beschließen, sich atomar zu bewaffnen, stünden also auch entsprechende Trägersysteme bereit.

Saudi-Arabien zwischen Nahostkonflikt und iranischer Bedrohung

Die Politik Saudi-Arabiens im Nahostkonflikt ist heute nur noch eine Funktion seiner Außenpolitik in der Golfregion, worüber die übliche anders lautende Rhetorik in Riad nicht hinwegtäuschen kann. Die saudi-arabische Regierung versucht dennoch, zu einer Lösung beizutragen, um regionale Konfliktpotenziale im Allgemeinen abzubauen, insbesondere aber, um dem wachsenden Einfluss Teherans in Syrien, Libanon und den palästinensischen Gebieten entgegenzuwirken.

Saudi-Arabien ist auch aus innenpolitischen Gründen an einer Lösung des Nahostkonflikts interessiert. Riad fürchtet Kritik an seiner Sicherheitspartnerschaft mit den USA, dem wichtigsten Verbündeten Israels. Regionalpolitisch befürchtet Riad in erster Linie die Eskalationsrisiken von kriegesischen Konflikten in und um die palästinensischen Gebiete und deren Auswirkungen. Besonders wichtig erscheint Riad, dass seine Gegner in der Golfregion immer wieder versuchen, durch die Unterstützung substaatlicher palästinensischer und libanesischer Gruppierungen wie der *Hisbollah* und der *Hamas* ih-

³ Thomas Woodrow: The Sino-Saudi Connection, in: The Jamestown Foundation China Brief, Volume 2, Issue 21 (October 24, 2002), www.jamestown.org/publications_details.php?volume_id=18&issue_id=661&article_id=4680 (Zugriff: 20.3.2007).

re regionale Position zuungunsten Saudi-Arabiens aufzuwerten. Dies gelang Saddam Hussein während des Golfkrieges 1990/91, indem er zunächst anbot, Kuwait zu räumen, wenn Israel die Westbank und den Gazastreifen an die Palästinenser übergebe und anschließend israelische Ziele mit Raketen angriff. Iran versuchte seit den 1980er Jahren, durch die Unterstützung der *Hisbollah* und des palästinensischen *Islamischen Jihad*, seinen Anspruch auf eine regionale Führungsposition zu untermauern. Seit Beginn der Zweiten *Intifada* im Jahr 2000 versuchen iranische Stellen zudem, vermehrt Einfluss auf die palästinensische *Hamas* zu nehmen. Öffentlich wurde diese Politik nach dem Wahlerfolg der *Hamas* im Januar 2006 und der anschließenden Regierungsübernahme. Die iranische Regierung unterstützt die palästinensische Regierung inzwischen offen mit Millionensummen. Um dem entgegenzuwirken, lud die saudi-arabische Regierung die Führungsspitzen von *Hamas* und *Fatah* zu einem Treffen in Mekka im Februar 2007 ein. Dort gelang es König Abdallah, eine Einigung über die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit zu vermitteln und die Gefahr eines palästinensischen Bürgerkrieges zunächst abzuwenden.

Die saudi-arabische Regierung versucht ebenso im Krisenfall immer wieder, die Unterstützung seiner arabischen Nachbarstaaten zu gewinnen, um sich vor seinen Konkurrenten zu schützen. In den 1980er Jahren unterstützte Riad das Regime Saddam Husseins mit rund 30 Millionen US-Dollar. Als diese Politik mit der Invasion Kuwaits durch irakische Truppen gescheitert war, versuchte Riad eine Allianz mit Ägypten und Syrien zu schmieden. Dieses Muster setzt sich fort: Riad versucht seit 2003, verstärkt jedoch seit 2005, in Ergänzung zu seinem Bündnis mit den USA, ein regionales Gegengewicht zu Iran und zum Irak zu schaffen. Zu diesem Zweck baut es seine Allianz mit Ägypten und Jordanien aus. Die drei Staaten dringen seit 2003 darauf, dass die Sunniten im Irak an der Macht beteiligt werden, um so die Entstehung eines schiitisch beherrschten Satellitenstaats zu verhindern. Im Libanon stellten sich Riad, Kairo und Amman auf die Seite der Regierung Siniora, die seit der zweiten Jahreshälfte 2006 unter starkem Druck pro-syrischer Kräfte im Land steht. Es mehren sich die Hinweise, dass diese regionale Konfliktlinie zwischen einem iranisch dominierten Block einerseits (Iran, Syrien und *Hisbollah*), und einem Bündnis zwischen den pro-amerikanischen Staaten Saudi-Arabien, Ägypten und Jordanien andererseits sich in den kommenden Jahren verfestigen könnte. Eine zeitweilige Annäherung zwischen Riad und Teheran, wie sie beispielsweise Anfang März 2007 zu beobachten war, als der iranische Präsident Riad besuchte, kann über diese Tendenz nicht hinwegtäuschen.

Ein regionales Sicherheitssystem?

Saudi-Arabien befindet sich Anfang 2007 in einer prekären Situation. Der Konflikt um die Hegemonie in der Golfregion zwischen Iran und Saudi-Arabien ist infolge des Irak-Krieges der USA neu entbrannt, wobei Riad in einer schwachen Position ist. Iran scheint übermächtig und die saudi-arabische Abhängigkeit von den USA ist ein großes innenpolitisches Problem. Trotzdem verlässt sich Riad darauf, dass die USA und ihre Verbündeten sich des Problems zunächst mit diplomatischen Mitteln und Sanktionen annehmen. Gegenüber Iran verhält sich Saudi-Arabien weiterhin zurückhaltend, da es sich anschiekt, seinen Anspruch auf eine regionale Führungsposition zu verwirklichen. Zu offene Feindseligkeit könnte Gegenreaktionen der iranischen Führung provozieren.

Dennoch reagierte Riad im Verlauf des Jahres 2006 immer häufiger kritisch gegenüber der iranischen Politik. Der wachsende Einfluss Teherans in Nah- und Mittelost sorgte für Verstimmung. Um Konfliktpotenziale abzubauen, bemühte sich Riad, den Konflikt im Libanon zu entschärfen, seit Januar 2007 auch im direkten Gespräch mit Vertretern der iranischen Regierung. Drohungen mit einem eigenen Atomprogramm dienen wohl dem Zweck, die USA zu einem entschiedeneren Handeln gegen Iran zu bewegen. Inwieweit die saudi-arabische Regierung auch Militärschläge gegen iranische Ziele billigen würde, ist unsicher. Nach außen hin würde sie gegen einen solchen Schritt protestieren, unter der Hand jedoch möglicherweise ihre Zustimmung signalisieren. Vorab bemüht sich Riad um die Schaffung einer gemeinsamen ägyptisch-jordanisch-saudi-arabischen Front gegen Iran. So wird die verbreitete Wahrnehmung, hier stünde ein „iranisch-schiitischer Halbmond“ einem sunnitischen Block gegenüber, immer mehr zur Grundlage einer neuen Konfliktformation.

Um der Entstehung neuer, religiös-konfessionell definierter Konfliktlinien entgegenzuwirken, ist es vordringlich, die Vertiefung der Konfliktlinie zwischen Iran und seinen arabischen Gegnern zu verhindern. Die Versuche der saudi-arabischen Regierung, im Libanon und zwischen den Palästinensern zu vermitteln, sind durchaus konstruktive Schritte, haben aber auch zum Ziel, die Ausweitung iranischen Einflusses zu verhindern. Zudem würde eine Entschärfung beider Konflikte nicht die saudi-arabische Sorge vor dem Hegemonialstreben Irans in der Golfregion zerstreuen. Weit entfernt von einer Deeskalation, scheint sich der Konflikt zwischen den USA und Iran zu verschärfen. In seiner viel beachteten Rede vom 10. Januar 2007, in der US-Präsident Bush eine neue Irak-Strategie verkündete, drohte er unverhohlen mit Militärschlägen

gegen Iran.⁴ Die Rede war lediglich der deutlichste von mehreren Hinweisen, dass die US-Regierung gegenüber Iran und Syrien auf Konfrontation setzt – im Gegensatz zu der in Europa verbreiteten Vorstellung, beide müssten eingebunden werden, um zu einer Lösung des Irak-Konfliktes beizutragen. Deshalb haben deutsche und europäische Politik in der Irak-Frage und auch hinsichtlich der amerikanischen Iran-Politik nur begrenzte Einwirkungsmöglichkeiten (vgl. Beitrag 2.2.). Doch auch wenn es gegen amerikanischen Widerstand unmöglich ist, Iran in ein regionales Sicherheitsforum der acht Anrainerstaaten des Golfes einzubinden, sollten deutsche und europäische Politik schon jetzt versuchen, gemeinsam mit den Golfstaaten Konzepte für eine zukünftige multilaterale Sicherheitsarchitektur am Golf zu erarbeiten. Diese Konzepte könnten nach dem Ende der Präsidentschaft George Bushs mit einer kooperativeren US-Regierung vorangetrieben werden. Auch wenn dies heute nicht viel mehr als eine Vision ist, könnte ein solches Sicherheitssystem langfristig zur Entschärfung der Konflikte am Golf beitragen.

⁴ George W. Bush: President's Address to the Nation, www.whitehouse.gov/news/releases/2007/01/print/20070110-7.html (Zugriff: 22.3.2007).